



Pressemitteilung 11/2010

München, 28. Juni 2010

EINHEIMISCHENMODELLE: EU SOLL SICH RAUSHALTEN!

Brandl: Bayerisches Erfolgsmodell ist mit Europarecht vereinbar

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl äußerte sich verwundert und verärgert über die Ankündigung der EU-Kommission, die bayerischen Einheimischenmodelle vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen und die Bundesrepublik Deutschland wegen einer Verletzung von Europarecht zu verklagen: „Gerade die bayerischen Einheimischenmodelle sind seit langem Erfolgsmodelle. Mit ihnen gelingt es, junge einheimische Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden zu halten. Der Vorwurf der Kommission, dies sei eine Ausländerdiskriminierung, ist absurd. Neunzig Prozent der Grundstücke am Ort sind nach wie vor frei veräußerbar. Außerdem werden Deutsche und EU-Staatsbürger gleich behandelt: Für Alle gelten dieselben Bedingungen.“ Brandl wies darauf hin, dass eine ortsbezogene Siedlungspolitik Teil der grundgesetzlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung ist. „Wir lassen uns nicht von Brüssel vorschreiben, wie wir bewährte Bauleitplanung vornehmen. Es muss auch in Zukunft möglich sein, ortsansässige Familien, die vielfach gegenüber finanzkräftigen Auswärtigen bei Grundstücksverhandlungen im Nachteil wären, durch günstiges Bauland nach sozialen Kriterien am Ort zu halten. Die ländlichen Gemeinden leben von Brauchtum und vom Zusammengehörigkeitsgefühl der gewachsenen Bevölkerung. Das lassen wir uns von Brüssel nicht nehmen.“

Bereits seit längerer Zeit schwelt ein Konflikt zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland: Die seit Jahrzehnten gerade in Bayern praktizierten Einheimischenmodelle bei der Baulandvergabe bayerischer Gemeinden sind der Kommission ein Dorn im Auge. Sie hält die Modelle für einen Verstoß gegen die Freizügigkeitsregeln im europäischen Binnenmarkt und vermutet eine Diskriminierung von Auswärtigen, die sich in den Gemeinden Bauland kaufen wollen. Nunmehr hat die EU-Kommission angedroht, die Bundesrepublik wegen dieser Praxis zu verklagen. Bund und Freistaat haben die Rechtsauffassung der Kommission stets zurück gewiesen. Der Bayerische Gemeindetag fordert Bund und Land auf, sich mit Nachdruck der EU-Kommission zu widersetzen und für die Gemeinden zu kämpfen.